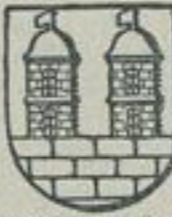


Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und bei Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 3 RM. Einzelnummern 10 Pf. Die Postenstellen sind an allen Postämtern zu beziehen. — Wilsdruff, den 18. Sept. 1930

Anzeigenpreis: Die 8 gespaltene Raumzeile 20 Pf., die 4 gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3 gespaltene Reklamazeile im täglichen Teile 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennig. Sonstige Anzeigen und Platzverordnungen werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. — Wilsdruff, den 18. Sept. 1930

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 218 — 89. Jahrgang

Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“

Wilsdruff-Dresden

Postfach: Dresden 2040

Donnerstag, den 18. Sept. 1930

Hemmnisse.

Schon am Tage nach der Feststellung des Wahlergebnisses, also unzweifelhaft überraschend schnell, hat das Kabinett Brünning der Öffentlichkeit mitgeteilt, was es nun angesichts der neuen politisch-parlamentarischen Lage zu tun gedenke. Außerdem setzte der Reichsinnenminister wenige Stunden später auch noch auseinander, wie das Kabinett das Wahlergebnis beurteile, welche Gründe seiner Ansicht nach zu der „für die Regierung verlorenen Schlacht“ geführt haben. Dabei hat Dr. Brünning auf etwas hingewiesen, was auch in den Ausführungen seines Ministerkollegen Dr. Curtius in Genf widerlang. Auffallend ist es aber durchaus nicht, daß in Berlin wie am Genfer See gleichen Gedanken und Beschwerden Ausdruck gegeben wurde; denn diese sind so sehr ein Echo der öffentlichen Meinungen, daß sie auch das Wahlergebnis maßgebend beeinflussten. Es ist das zur Stimmabgabe für die Oppositionsparteien sich verdichtende dumpfe oder klare Empfinden im deutschen Volke, daß es bei seinem Wege zu einer vollen Freiheit und tatsächlichen Gleichberechtigung überall auf Hemmnisse und Schranken stößt, daß es auf diesem langen Wege unter einer Last leidet, die jede Hoffnung auf eine baldige Besserung seiner Lage zu ersticken nur allzusehr geeignet ist. Daß diese die deutsche Jugend stärker empfindet als das gebildete Alter, ist ohne weiteres verständlich und ebenso, daß diese Jugend in ihrer Stimmabgabe darauf auch drastischer reagiert durch Hinüberweichen ins radikale Lager. Man suche im Auslande also, so äußerte Dr. Brünning, die Schuld an dem Anwachsen des deutschen Radikalismus auch ein wenig dort, wo man jene hoffnungserfüllende Last dem deutschen Volk auferlegt hat, wo man sich gegen jede Erleichterung dieses Druckes unbedingt sträubt, wo man aber selbst die wenigen im Versailler Vertrag Deutschland gewährten Rechte zu verwehren sich ebenso energisch weigert. Auch im Auslande also ist ein Teil der Gründe für das deutsche Wahlergebnis zu finden. Und nicht der kleinste Teil!

Tiefen großen politischen Sorgen des Kabinetts gehen andere, allerdings kleinere parlamentarische Bedenkenheiten als Folgen des Wahlergebnisses zur Seite. Die erfreulich große Wahlbeteiligung des deutschen Volkes läßt nämlich nicht weniger als 576 Abgeordnete in den Kammern am Platz der Republik einziehen. Nebenbei bemerkt sind das bald 200 mehr, als es unter der früheren Verfassung gab, in der die Zahl der Reichstagsabgeordneten auf 397 festgelegt war. Schon in dem im Juli aufgelösten Reichstag waren es fast 100 Volksvertreter mehr. Und die 86, die jetzt hinzukommen, kosten auch einen ganzen Wagen mehr, so daß dem schon so gequälten Reichsfinanzminister nichts anderes übrigbleiben wird, als in einem Nachtragsetat die Ausgaben beim Reichstag entsprechend erhöhen und sie bewilligen zu lassen. In den monatlich 750 Mark Diäten — für die 86 neu hinzugekommenen Abgeordneten macht das 765 000 Mark jährlich aus — tritt aber noch die höhere Entschädigung, die nun das Reich an die Reichsbahn und sogar an die Luftverkehrs-Gesellschaft für die Freifahrten der Abgeordneten zahlen muß. Auch andere Posten werden entsprechend anzuwachsen und viel weniger als jährlich rund zehn Millionen Mark dürfte der jetzt gewählte Reichstag die steuerzahlenden Wähler kaum kosten. 576 Abgeordnete — da wird man doch wohl etwas bedenklich! Eine Reform des Wahlgesezes ist ja ein schon oft und laut genug geäußertes Wunsch, dessen baldige Erfüllung angesichts der nun entschiedenen übermäßigen Anschwellen der Mandate noch notwendig erscheint. Und ein entsprechender Vorschlag auf Erhöhung der Wahlzahl von 60 000 auf 70 000 liegt auch bereits vor. Nur — sagt ungern jener den Akt ab, auf dem er selbst sitzt! Der verläßt freiwillig den mühsam errungenen Sitz im Reichstag. Aber die Frage der — und zwar einer unfaßenden — Wahlreform ist gerade durch die Erfahrungen vor dem und am 14. September schon mehr als reif geworden.

Mit dem „mühsam errungenen Sitz im Reichstag“ darf man es aber nicht ganz wörtlich nehmen! Denn zu den jetzt als Folgen des Wahlergebnisses entstandenen Sorgen gehört auch die des Reichstagspräsidenten und des dortigen Direktors, wie sie die Fülle der Abgeordneten im Reichstagsgebäude und den sonstigen Arbeitsräumen unterbringen sollen. Denn, wie oben schon gesagt, der Reichstag ist ursprünglich nur für 397 Volksvertreter gebaut und eingerichtet worden. Schon nach der vorletzten Wahl kostete die Unterbringung der 491 schweren Mäße, aber jetzt — hoffnungslos weicht der Mensch der Götterstärke...! Der Sitzungssaal ist schon zum Plagen gefüllt. — allerdings nur sozusagen theoretisch. Denn alle Abgeordneten zugleich waren in ihm noch niemals anwesend und fast immer zeigt er eine brechende — Leere. Man projiziert nun dies und jenes, wird vielleicht die noch viel seltener anwesenden Ländervertreter von ihrer Tribüne hinaus in einen Teil der Zuschauerempore setzen, aber schließlich braucht ja nicht jeder ein Volkvertreter nun auch noch eigenen Sitz und ein eigenes Volk zu haben. Im englischen Parlament gibt es überhaupt keinen „Wassermann“ und Vulte schon

Ein Panuropa-Ausschuß eingefetzt

Alle Mächte bei der Europakonferenz
Jeder soll sich äußern.

Die Völkerverversammlung hat einstimmig und ohne jede Ausrede den Antrag sämtlicher europäischer Mächte auf sofortige Einsetzung eines aus Regierungsvertretern sämtlicher europäischen Staaten bestehenden Sonderausschusses zur weiteren Behandlung der Paneuropastrage angenommen. Der ursprüngliche Antrag ist dahin abgeändert worden, daß der europäische Ausschuss das Recht hat, sowohl sämtliche außereuropäische Mitgliedsstaaten des Völkerverbundes als auch die Regierungen der Nichtmitgliedsstaaten, also auch der Vereinigten Staaten, Sowjetrusslands und der Türkei anzuhören. Damit ist die allgemeine Aussprache der Völkerverversammlung über die Paneuropastrage für dieses Jahr abgeschlossen.

Titulescu, der den Antrag zur Abstimmung stellte, wies darauf hin, daß selbstverständlich die Sitzung des europäischen Ausschusses für sämtliche übrigen Mitglieder des Völkerverbundes offen ständen und diese die Möglichkeit hätten, ihren Standpunkt zu äußern. Der Zeitpunkt für den Zusammentritt des Ausschusses ist bisher noch nicht festgelegt worden.

Die französische Denkschrift vom 1. Mai 1930 und die darauf erteilten Antworten geben den Mächten so weit wie wünschenswert die Möglichkeit, die Untersuchung in Verbindung mit den nichteuropäischen Mitgliedern sowie mit den europäischen Nichtmitgliedern des Völkerverbundes vorzunehmen. Die Versammlung wünscht, daß die ersten Ergebnisse dieser Untersuchung so bald wie möglich in Form eines Vorschlages in einem Bericht niedergelegt werden, welcher noch der nächsten Versammlung vorgelegt werden soll.

Bei der in der Mittwochssitzung der Völkerverversammlung vorgenommenen Wahl der nichtständigen Ratmitglieder rückten in geheimer direkter Abstimmung von insgesamt 52 abgegebenen Regierungsstimmen Guatemala 41, Norwegen 38 und Irland 36 Stimmen, die damit in den Rat gewählt sind. Portugal, das gleichfalls für einen nichtständigen Sitz kandidierte, erhielt lediglich 33 Stimmen. Der Völkerverbund tritt am

Mittwoch in seiner neuen Zusammensetzung zu seiner ersten Sitzung zusammen.

Kellogg Richter im Haag.

Der frühere amerikanische Staatssekretär Kellogg wurde von der Völkerverversammlung und gleichzeitig auch vom Völkerverbund mit 30 von insgesamt 47 abgegebenen Stimmen zum Ständigen Richter des Internationalen Haager Gerichtshofes an Stelle des zurückgetretenen bisherigen amerikanischen Richters Hughes gewählt.

Die Wahl gilt formal zunächst nur bis zum 31. Dezember d. J., da sachungsgemäß der Völkerverbund und die Völkerverversammlung noch während der gegenwärtigen Tagung den gesamten Haager Gerichtshof neu zu wählen haben werden.

Der „Zeit Parisien“ will aus der Genfer Rede des Reichsaussenministers Curtius herausgelesen haben, daß eine deutsch-französische Finanzkonferenz in naher Zukunft zusammentreten werde. Die Ausführungen des Reichsministers über die Störungen am internationalen Geldmarkt, die an der einen Stelle Kapitalüberfluß, an der anderen Kapitalmangel hervorriefen, seien mehr als ein Fühler gewesen.

Beginn der Ausschubarbeiten in Genf.

Neuer englisch-französischer Zusammenstoß.

Nach dem Abschluß der Generalaussprache wurde in Genf die Ausschubarbeitungen aufgenommen. Im Abriistungsausschuß, dessen Vorsitz der griechische Gesandte Politis führt, wurde das Abkommen über die finanzielle Hilfe angegriffener Staaten behandelt. Die englisch-französischen Gegensätze traten erneut unvermindert zutage, so daß die Verhandlungen zunächst ergebnislos abgebrochen wurden.

Der Haushalts- und Finanzausschuß befaßte sich mit der Bildung des Kontrollausschusses, der die Finanzlage des Völkerverbundes prüfen soll. Der Sozialausschuß des Völkerverbundes setzte seine Tagesordnung fest, auf der die Verbesserung des Gefängniswesens, Opiumhandel sowie Kinder- und Frauenschutz stehen.

gar nicht, nicht einmal — ein Rednerpult! Und es geht, obwohl 300 Sitze zuwenig da sind, merkwürdigerweise auch, sogar schon ein paar hundert Jahre lang. Und böswillige Deutsche behaupten, es ginge drüber in London sogar sehr viel besser als unter der stolzen goldenen Kuppel des Reichstagsgebäudes! Wie es ja überhaupt im politisch-parlamentarischen Leben nicht so sehr auf die Masse der Arbeiter, sondern auf den Wert der geleisteten Arbeit ankommt. Und das gilt vom neuergewählten Reichstag und gilt für ihn ganz besonders.

Nach den Wahlen.

Was Amerika meint.

Reichsfinanzminister Dr. Brüning wird in den nächsten Tagen seine Besprechungen mit den Parteiführern über die bevorstehenden sachlichen Aufgaben fortsetzen. Sie wurden mit einer Aussprache mit dem volksparteiischen Führer, Dr. Schulz, eröffnet. Voraussichtlich wird Dr. Brüning auch mit den Führern der Sozialdemokraten, der Nationalsozialisten und der Deutschnationalen Fühlung nehmen. Die hinter der Regierung stehenden Gruppen haben die Fortsetzung der Reformarbeiten gebilligt. Ebenso ist der Plan des Kabinetts, vorläufig die Frage einer personellen Umbildung unberührt zu lassen, begrüßt worden.

Führende amerikanische Bankkreise betrachten die politische Lage in Deutschland und sind der Ansicht, daß sie zu keinerlei Besprechungen Anlaß gebe. Mancherseits werden Stimmen laut, daß der Zug nach der radikalen Rechten und Linken eine heilsame Wirkung auf das deutsche Volk haben werde und dadurch in Zukunft wesentlich zur Stärkung der Mittelparteien beitragen werde. Auch wird der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß das Wahlergebnis zur Folge haben werde, die Politik der Alliierten Deutschland gegenüber gemäßigter zu gestalten und diese bewegen könnte, durch eine nachgiebigere Haltung die Stellung der Mittelparteien zu stärken. Man betont, es sei obnein nur eine Frage der Zeit, bis der Young-Plan ähnlich wie der Dawes-Plan durch ein neues Abkommen ersetzt werden würde.

Versailler Vertrag muß revidiert werden.

Der New York American des eben im Triumph in seiner Heimat empfangenen, aus Frankreich ausgewiesenen Hearst schreibt, daß das Ergebnis der deutschen Wahlen selbst für Halbblinde die Gefahr eines bolschewistischen Deutschlands aufgezeigt habe. Der Versailler Vertrag sei dumm und brutal. Er saue die deutsche

Wirtschaft aus, verhindere jeden Wirtschaftsaufstieg durch Abzug hundert von Dollar Millionen jährlich und er bedeute für jeden Deutschen lange Stunden harter Arbeit, entmündigend für den Einzelnen und für die Nation. Kein Volk würde das auf die Dauer erdulden und seines könne es tragen. Hätten die Alliierten in Versailles noch Möglichkeiten gesucht, Deutschland bald und sicher zu bolschewisieren, sie hätten keinen besseren Plan erfinden und keine wirkungsvollere Methode sich ausdenken können als den Versailler Vertrag und seine Handhabung. Es sei Zeit, die Dummheit von Versailles wieder gutzumachen, die schweren und untragbaren Lasten vom Rücken des deutschen Volkes zu nehmen.

„New York World“ ist der Meinung, Hindenburg und Brüning ständen heute vor der Wende in Deutschland, an der 1917 in Rußland Kerenski und 1921 in Italien Giolitti und Facta gestanden haben. Es fragt sich, ob in Deutschland der Sozialismus, das katholische Zentrum und die übrigen Parteien der Mitte begriffen, daß die Zeitenwende Außerordentliches von ihnen verlange. Die Aufgabe Hindenburgs und Brünnings wäre viel einfacher, wenn sie mit dem Aufleben der Wirtschaft rechnen könnten. Da sie aber statt dessen einem Winter bitterer Unzufriedenheit aus größter wirtschaftlicher Not entgegengehen, entsche für England und Frankreich eine schwere Verantwortung. In Frankreich sei man der Ansicht, daß man Deutschland durch die Räumung des Rheinlandes großes Entgegenkommen gezeigt habe. Das wäre nur dann richtig, wenn es vor fünf Jahren den Rhein freigegeben hätte. Der Ausgang der Wahlen in Deutschland beweise, daß es dieses Entgegenkommen zu lange hinausgezögert hat, daß es in Deutschland als ein Entgegenkommen überhaupt nicht mehr bewertet wird. Wenn Frankreich heute noch wünsche, daß die demokratische Idee in Deutschland erhalten bleibe und sich erneut stärke, so muß es in seinem Entgegenkommen ebenso früh werden, wie es bisher in der Verteidigung seiner Interessen immer stark gewesen ist.

Vielleicht sei der Weg zur Erhaltung der deutschen Demokratie und der bestehenden europäischen Ordnung der, den der englische Außenminister Henderson in der letzten Woche in Genf aufgewiesen habe: Anerkennung des deutschen Rechts auf Waffengleichheit innerhalb allgemeiner europäischer Abrüstung.

Inferieren bringt Gewinn!